

Denken für Deutschland

Über außenpolitische Versäumnisse, zukünftige Konturen und blinde Flecken

In einem ersten Schritt des von Außenminister Frank-Walter Steinmeier angestoßenen „Review 2014“-Prozesses hat das Auswärtige Amt über 60 Beobachter, Kommentatoren und Thinktancer aus aller Welt gebeten, ihre Gedanken über die deutsche Außenpolitik zu Papier zu bringen (nachzulesen unter www.review2014.de). *IP* bietet einen kritischen Überblick.

Es ist ein Prozess, der für Einiges spricht, auf jeden Fall für intellektuelle Neugierde und den Wunsch, Ideen zu erzeugen und die breite außenpolitische Debatte anzuregen – aber auch für eine gewisse Ausnahmesituation, in der sich die deutsche Außenpolitik ganz offensichtlich befindet. Es ist, wie Timothy Garton Ash bemerkt, „beinahe unvorstellbar, dass Großbritannien, China, Frankreich oder Amerika andere nach den Fehlern ihrer Außenpolitik befragen würden.“ Nun dürfte die chinesische Einparteiensregierung in der Tat kein allzu großes Interesse an einem offenen Prozess des Nachdenkens und der Kritik an der Politik und den Entscheidungen der Parteiführung hegen. Aber man muss sich nur die derzeit geradezu niederschmetternde Kritik an der Außenpolitik Präsident Obamas in den USA vor Augen führen, einmal eine der regelmäßig stattfindenden außenpolitischen Debatten im Parlament von Westminster gehört haben oder die Leidenschaft zur Kenntnis nehmen, mit der sich französische Intellektuelle – zuweilen nicht nur philosophisch – in die Außenpolitik einmischen, um zu wissen: In diesen Ländern käme niemand auf die Idee, etwa 60 Autoren zu einer „Review“ der Außenpolitik und damit zum Kickstart einer Grundsatzdebatte anzuregen. Sie findet tagtäglich statt.

Freilich werden auch in den USA, Großbritannien und Frankreich Wahlen nicht über außenpolitische Themen entschieden. Aber in Deutschland, das wahlweise als „unverzichtbare Macht“ (Timothy Garton Ash), „überforderter“ (Thomas Kleine-Brockhoff, Hanns W. Maull) oder „widerwilliger Hegemon“ (William Paterson) beschrieben wird – das auf jeden Fall also an Gewicht gewonnen hat, dessen Engagement stärker eingefordert wird als je zuvor und dessen Kreativität, Ressourcen und Ideenreichtum deshalb gefragt wären –, ist die außenpolitische Debatte doch besonders unterentwickelt. Im letzten Wahlkampf war von Deutschlands Rolle in der Welt nicht die Rede und im Bundes-

tag sind außen- und sicherheitspolitische Grundsatzdebatten trotz schon lange andauernder Auslandseinsätze eher Ausnahme als Regel.

Es ist durchaus auch den Brüchen und Menschheitsverbrechen in der deutschen Geschichte geschuldet, dass es keine außenpolitische Community gibt, die es an Gewicht, Geltung und Diversität mit denen anderer großer Länder aufnehmen kann. Anders als Washington, London oder Paris war Berlin eben nie globale Metropole und Sitz einer Art Weltenregierung, sondern zu schnell gewachsener und unruhiger Neuling in einem zu kleinen Europa, Ausgangspunkt zweier Weltkriege und schließlich geteilte Stadt, deren Sicherheit in den Händen anderer Mächte lag. Deutschlands Souverän wiederum hatte sich nach den Stürmen der Allmachtsfantasien recht schnell und offensichtlich dauerhaft in den Zustand der Ohnmacht verliebt. Glaubwürdig war dies schon allein wegen des Anwachsens zunächst westdeutscher, dann gesamtdeutscher wirtschaftlicher Stärke nicht wirklich. Schon längst wird offensichtlich: Wer ökonomisch zu den Riesen zählt, passt politisch nicht in Kindergrößen.

Die zunächst echte und durchaus angebrachte, nunmehr doch eher als falsch empfundene Bescheidenheit nimmt man Deutschland nicht mehr ab; das zieht sich durch alle im Review 2014 eingereichten Papiere. Man verlangt mehr von der Mittelmacht im Zentrum Europas. Aber was genau erwartet man, welches wären Deutschlands Interessen, was sollte in seinem eigenen und möglichst auch im Interesse seiner Partner liegen? Welche Ressourcen, Mittel und Instrumente stehen zur Verfügung, welche Mängel weist denn die deutsche Politik nun auf – und welche Mängel oder weiße Flecken sind in den Diagnosen der Diagnostiker zu finden?

Was ist das Manko der deutschen Außenpolitik?

Die Formulierungen variieren, aber in diesem Punkt ähnelt sich die Kritik vor allem der ausländischen Autoren (und nicht nur jener aus eher interventionsfreudigen Ländern): Berlin mag eine entschlossene Vorreiterrolle in der Euro-Krise eingenommen und als Führungs-Azubi eine durchaus nicht selbstverständliche Gelassenheit im Umgang auch mit harscher Kritik gezeigt haben. Auch ist Deutschland, seit die rot-grüne Regierung unter Bundeskanzler Schröder mit der Intervention im Kosovo den Weg für Out-of-Area-Einsätze ebnete, mit rund 4600 Soldaten und Soldatinnen in 16 internationalen Missionen beteiligt.

Und doch fehlt der deutschen Außenpolitik das Pendant einer klar formulierten Sicherheitspolitik. Berlin, so lautet die Kritik, setzt auf seine Soft Power und scheut die Hard Power; ist bislang nur als Zivil- und Wirtschaftsmacht hervorgetreten (Adekeye Adebajo und Kudrat Virk, Centre of Conflict Resolution, Kapstadt), hält sich zu stark bei Friedens- und Sicherheitseinsätzen zu-

rück (Kofi Annan, ehemaliger UN-Generalsekretär), profitiert vom internationalen Sicherheitssystem, ohne selbst etwas dazu beizutragen (Zhou Hong, Chinesische Gesellschaft für Europäische Studien), ist gar ein „Sicherheits-Trittbrettfahrer“ und vor allem „strategisch schwach“ (Charles Grant, Center for European Reform).

Dieser Kritik schließen sich durchaus auch deutsche Autoren an: Es habe sich „den Ruf eines unsicheren Kantonisten in der Allianz erarbeitet“, der „trotz des jüngsten Vorstoßes, gemeinsame Projekte der Militärallianz mit dem ‚Framework Nation Concept‘ voranzutreiben“, „nur mäßig an der Fortentwicklung der NATO interessiert“ sei (Jan Techau, Carnegie Brüssel). Noch jede der in den vergangenen Jahren an der Regierung beteiligten Parteien habe von einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik gesprochen; konkrete Initiativen in diese Richtung aber blieben aus (Volker Perthes, Stiftung Wissenschaft und Politik). Im Übrigen habe der Einsatz in Afghanistan eine tiefe Verunsicherung über Sinn und Zweck derartiger Missionen hinterlassen. Es bedürfe also einer kritischen Überprüfung, was die verschiedenen Einsätze erbracht haben und was man aus ihnen lernen könne (Joachim Krause, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel).

Deutschlands Außenpolitik, so Anne-Marie Slaughter, Präsidentin der New America Foundation, „wird heute ebenso von dem bestimmt, was sie ist, wie von dem, was sie nicht ist. Sie ist nicht militaristisch. Richtig pazifistisch ist sie aber auch nicht, schließlich haben deutsche Truppen ehrenvoll in Afghanistan gekämpft. Sie ist nicht interventionistisch, auch wenn ein Eingreifen Hunderttausende Menschenleben retten könnte. Richtig souveränistisch ist sie aber auch nicht, denn zumindest im Grundsatz bekennt sich Deutschland zum Konzept der Schutzverantwortung und stellt sich nicht mit Russland und China gegen jedes humanitäre Vorgehen, das einen Eingriff in die nationale Souveränität eines Landes darstellen würde.“

Die deutsche Außenpolitik zeichnet neben einer Abneigung gegen den Einsatz von Gewalt auch der feste Grundsatz aus, dass jedes Problem durch Verhandlungen gelöst werden kann.

CHARLES GRANT

Womit wir gleich beim nächsten Thema wären: der deutschen Enthaltung bei der Abstimmung über eine Libyen-Intervention im UN-Sicherheitsrat, als Berlin sich überraschend – und offensichtlich auch selbst überrascht – in einem Boot mit China und Russland wiederfand. In den Beiträgen der meisten deutschen Autoren wird diese Entscheidung entweder nicht erwähnt oder aber als nachträglich richtig empfunden, denn schließlich habe sich die Situation in Libyen nach der Intervention alles andere als verbessert. Den meisten – gerade westlichen – Beobachtern aber ist der Schock und die Verärgerung über das deutsche Ausscheren nach wie vor anzumerken. Hier geht es – und das ist zuweilen auch in den Diskussionen über Berlins Beziehungen zu Russland zu

bemerken – aber um weit mehr, nämlich eine immer noch schwelende Frage: Ist Deutschland wirklich sicher im Westen verankert? Geht es um eine wiedergewonnene außenpolitische Souveränität nach 1989 und eine durchaus akzeptable größere Unabhängigkeit von den USA, die sich ja gerade mit dem „Nein“ zum Irak-Krieg von Bundeskanzler Schröder zeigte? Oder sind nicht nur viele Deutsche, sondern auch die deutsche Politik „der Vorstellung verhaftet, Deutschland solle irgendwie als Brücke zwischen „Ost“ und „West“ fungieren und weder der einen noch der anderen Seite zugehören? (Anne-Marie Le Gloanec, Zentrum für Internationale Studien, Paris).

Das politische Selbstwertgefühl der Bundesrepublik und des vereinigten Deutschland gründet sich auf wirtschaftliche Erfolge.

HERFRIED MÜNKLER

Ohne Zweifel: Deutschland ist allseits beliebt, in BBC-Umfragen rangiert es seit Jahren bei der Frage nach dem „positiven Einfluss“ in der Welt ganz oben. Das mag an dem grundsätzlich sympathischen Hang liegen, bloß nicht als Weltpolitiker wahrgenommen zu werden, sondern als auf Ausgleich bedachte Zivilmacht. Wer aber Macht projizieren und Sicherheit herstellen und wahren will, muss nicht nur materielle und immaterielle Ressourcen bereitstellen. Der ist auch vor Fehlern nicht gefeit und zieht dementsprechend Kritik (und selbstverständlich auch Imageschäden) auf sich. Die Fragen an Deutschland lauten also: Will der heranwachsende, durchaus viel versprechende, auch alles andere als unbeliebte Hegemon nun auch erwachsen werden, mehr eigene Ressourcen bereitstellen und im Rahmen seiner (erweiterbaren) Möglichkeiten selbst mehr Verantwortung übernehmen und dadurch auch in Kauf nehmen, wenigstens temporär an Beliebtheit einzubüßen? Und umgekehrt: Wären andere, die nun Deutschlands Führungsrolle einfordern, dann auch bereit, eine Politik zu akzeptieren, die nicht sofort erkennbar und nicht in allen Verästelungen mit den eigenen nationalen Interessen in Einklang steht?

Welche Erwartungen werden an Deutschland gestellt?

Ganz klar ist nicht auszumachen, ob hier eine kognitive Dissonanz oder eine gute Portion Optimismus vorliegt. Erwartet man viel von Deutschland, obwohl es nach weitläufiger Auffassung weit unter seiner Gewichtsklasse boxt? Oder hofft man, dass es das neben seiner Soft Power – „Wirtschaft, Technologie und Wissenschaft, aber auch seine liberale Ordnung, soziale Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit“ (Volker Perthes, SWP) – auch sicherheitspolitisch vorhandenes, aber zweifelsohne ausbaufähiges Potenzial einsetzt?

Der Erwartungshorizont jedenfalls ist gewiss nicht bescheiden. Er rangiert von „Führungsrolle in multilateralen Organisationen übernehmen“ zu „Einsatz für globales Handelssystem und erneute Übernahme einer Führungsrolle in der Klimapolitik“ (Louise Arbour, International Crisis Group), „nicht nur Regelnehmer, sondern auch Regelgeber sein“ und „aktivere Vermittlerrolle in Asien“ (Brahma Chellaney, Centre for Policy Research, Neu-Delhi), eine Neuausrichtung der internationalen Ordnung zugunsten nichtwestlicher Länder vorantreiben und Entwicklungszusammenarbeit überdenken (James Shikwati, Internationales Wirtschaftsnetzwerk, Nairobi) eine auf festen Regeln und Werten beruhende multilaterale Weltordnung voranbringen (Elizabeth Sidiropoulis, Südafrikanisches Institut für Internationale Beziehungen, Johannesburg), keine Äquidistanz, weniger Fokus auf Wirtschaftsinteressen (Charles Grant; Anne-Marie Le Gloanec, Zentrum für Internationale Studien, Paris).

Deutschlands grundsätzlicher außenpolitischer Ansatz, die internationale Ordnung durch multilaterale Rahmenwerke und Regeln zu stärken, ist nach wie vor stimmig.

KOFI ANNAN

Deutschland muss im politischen Bereich ein strategisches Gespür entwickeln, das dem im wirtschaftlichen Bereich ebenbürtig ist, fordert auch Dmitri Trenin (Carnegie Moskau). Das Land habe sich erfolgreich auf die Globalisierung eingestellt; jetzt müsse es „seinen Blick auf die Welt um eine moderne geopolitische Dimension erweitern, auf eine zunehmend gleichrangige Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten hinarbeiten und ein modernes Eurasien-Konzept für den Umgang mit den dort wichtigsten Nachbarn wie China, Indien, Iran, Japan, Russland und der Türkei entwickeln“.

Nun steht die Welt mit all ihren drängenden Krisen nicht still, bis Europa endlich seine Probleme aussortiert hat. Aber dennoch wird in der überwiegenden Mehrheit der Beiträge deutlich: Deutschland ist nur im Rahmen Europas ein Spieler, an den man diese hohen Erwartungen überhaupt stellen kann. Klar wird dabei auch: Die Sorge über deutsche Alleingänge mag zuweilen durchschimmern, wenn in den engen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland eine leise Abkehr vom Westen vermutet wird, wenn sich Berlin handelspolitische Egoismen leistet oder wenn die Bundesregierung geradezu über Nacht und ohne die davon ja betroffenen europäischen Partner (oder auch die Wirtschaftspartner im Lande selbst) umfassend zu informieren, eine Energiewende einleitet.

Deutschland zu zügeln, ist jedoch nicht mehr das Hauptmotiv für eine europäische Integration. Man erwartet umgekehrt und im Sinne des polnischen Außenministers Radoslaw Sikorski, dass Berlin seine ganze Kraft für Europa entfalten und dem europäischen Integrationsprozess mehr Aufmerksamkeit und Kreativität widmen möge.

„Erwartungen“ sind wohl dann sinnvoll und nicht nur fröhliches Wunschkonzert, wenn sie umgesetzt werden können; wenn sie im Interesse nicht nur, aber eben auch der Macht liegen, an die sie gestellt werden, und wenn die notwendigen Ressourcen entweder vorhanden oder aber Bereitschaft und Mittel gegeben sind, sie aufzubringen. In diesem Sinn ist die Integration Europas zu einem ernst zu nehmenden und kräftigen außen- und sicherheitspolitischen Akteur genau das Feld, in dem „Erwartung“ und „Interesse“ auf das Schönste zusammenfallen. Die Kernfrage aber bleibt weitgehend ungelöst: Was für ein Europa soll es denn werden?

Die EU des 21. Jahrhunderts, glaubt beispielsweise Anne-Marie Slaughter, werde „immer weniger auf Föderalismus und immer mehr auf die Zusammenarbeit zwischen Regierungen setzen und somit am wirkungsvollsten auftreten, wenn eine Gruppe interessierter Staaten ihre nationalen Energien und ihre Ressourcen mit dem supranationalen Gewicht der gesamten EU verbindet“. Deutschland, das wäre dann die Erwartung, würde dank seiner geografischen Lage als Mittelmacht und als Nation, deren stärkstes (ja, durchaus historisch begründetes) Interesse am großen europäischen Rahmen liegt, gewissermaßen die Rolle einer „Spinne im Netz“ einnehmen. Berlin obläge es, Koalitionen der Willigen zu schmieden und beispielsweise in Bezug auf die Ukraine im Verbund mit Polen, den baltischen Ländern sowie jedem anderen mittel- und ost-europäischen EU-Mitglied eng mit dem Präsidenten des Europäischen Rates und der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik zusammenarbeiten. Eine solche Gruppe von Ländern könnte dann die übrigen EU-Mitglieder überzeugen, sich ihrer Meinung anzuschließen. Der positive Nebeneffekt wäre: Eine solche Konstellation schafft in den Vereinigten Staaten mehr Vertrauen (und ist wohl in der Kooperation etwas einfacher zu handhaben) als die ausschließliche Arbeit entweder nur mit der EU oder nur mit einigen ihrer Mitgliedstaaten. Deutschland sollte, befindet auch Daniela Schwarzer (GMF), „die effektive Zusammenarbeit in Kleingruppen fördern“, aber gleichzeitig „eine Lagerbildung in der EU-28 verhindern helfen“.

Deutschland gibt sich mit seinem Status als Industriemacht zufrieden und überlässt die Geopolitik anderen Großmächten.

BRAHMA CHELLANEY

Wie aber, ließe sich einwenden, ist eine weniger föderale, aber mehr auf der Zusammenarbeit einzelner Länder basierende EU mit einer Kernaufgabe zu verbinden, nämlich, so Schwarzer, die „Euro-Zone zusammenzuhalten“? Noch sei die Euro-Krise ja nicht völlig überwunden und die Währungsunion trotz aller Fortschritte noch unvollständig integriert. Deutschland fiele – schon aus eigenem Interesse – die Aufgabe zu, eine „Pioniergruppe“ zu bilden, die den Integrationsprozess im Innern weiter voranbringen und gemeinsame Positionen und Maßnahmen in internationalen Angelegenheiten der EU erarbeiten soll (Feng Zhongping, China Institute of Contemporary International Rela-

tions). Geht man wie Eberhard Sandschneider (DGAP) davon aus, dass die EU auch in absehbarer Zeit nicht mit der berühmten „einen Stimme sprechen“ wird, dann muss wohl eine europäische Quadratur des Kreises gefunden werden: Die Euro-Zone mit noch stärker integrierter gemeinsamer Finanz- und Fiskalpolitik zu stabilisieren, aber gleichzeitig – durchaus mit Hilfe kleinerer Gruppierungen und gerade in außen- und verteidigungspolitischen Feldern – starke Brücken in jene Länder zu bauen, die dem Euro (noch) nicht angehören.

Welche Interessen hat Deutschland?

Freilich, die Frage wurde explizit nicht gestellt. Wenn jedoch zu den wesentlichen Forderungen an Deutschland gehört, doch endlich mit einer größeren strategischen Klarheit aufzuwarten, dann wäre die Beantwortung dieser Fragen doch zentral: Welches sind Deutschlands Interessen, wie können sie mit den Interessen seiner Partner möglichst weit in Synchronisation gebracht werden, um Macht im Sinne von Gestaltungs- und Durchsetzungspotenzial zu erweitern? Strategisches Denken, so Charles Grant, meint die Fähigkeit eines Landes, „seine Interessen nicht hauptsächlich in handels- oder wirtschaftspolitischer Hinsicht zu definieren und seine langfristigen Ziele samt der Mittel festzulegen, mit denen es diese zu erreichen hofft“. Gilt zu ergänzen: selbst, wenn der Einsatz dieser Mittel gerade in Zeiten globaler Verflechtung eigene Kosten verursacht.

Deutschland verfolgt eine Vision: Darin dient die wirtschaftliche Verflechtung als großer Stabilisator, der den Spielraum für Konflikte der Großmächte beschränkt.

PAWEL SWIEBODA

Allerdings bieten die Papiere des Review-Prozesses hier auch nur wenig strategische Klarheit. Natürlich wird deutlich, dass es zunächst im Interesse Deutschlands als Exportnation und einer der am stärksten verflochtenen Länder liegen muss, den Wohlstand seiner Bürger zu sichern und wenn möglich zu mehren. Und ebenso selbstverständlich sollte es sein, dass dies nicht im Gegensatz zu einer wertebezogenen Außenpolitik eines demokratisch und marktwirtschaftlich verfassten Staates steht, der per definitionem an Rechtsstaatlichkeit, regelbasierten Regimes und konsensorientierten Konfliktlösungen interessiert sein sollte.

Bemerkenswert ist allerdings auch, dass in diesem Zusammenhang nur selten das Stichwort Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) fällt. In Abwesenheit (wenn nicht gar nach dem Scheitern) der Doha-

Runde böte dieses umfassende Handels- und Investitionsabkommen eine geradezu optimale Gelegenheit für Europa und die USA, die noch immer größten Märkte der Welt, hohe und verlässliche Standards auch auf Gebieten wie Arbeitsrecht oder Umweltschutz zu etablieren.

Deutschland trägt die Verantwortung dafür, die Außenpolitik Europas und seine Beziehungen zu China zu koordinieren.

FRANÇOIS GODEMENT

Werden in den eingereichten Papieren überhaupt Interessen benannt, so beschreiben sie weniger die Interessen, die Deutschland vertritt oder vertreten sollte – sondern das Interesse, das andere Länder an Deutschland hegen. Berlin müsse unbedingt auch „seine wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu den ostasiatischen Volkswirtschaften und insbesondere Japan, Südkorea und Indonesien verstärken“, fordern beispielsweise Adekeye Adebajo und Kudrat Virk vom Centre for Conflict Resolution in Kapstadt. In einer Zeit, in der Europas Engagement für freiheitliche, demokratische Werte wenig Widerhall in konfliktbelasteten Ländern findet, muss Deutschland seine Zusammenarbeit mit Staaten wie der Türkei vertiefen, findet Fuat Keyman (Istanbul Policy Center und Sabanci Universität). Zudem hätten, so Keyman, Deutschland und die Türkei „ein starkes gemeinsames Interesse beim Wiederaufbau krisengeschüttelter Regionen, um die Sicherheit und Dienstleistungen in Ländern wie Afghanistan zu gewährleisten. Die beiden Länder könnten sogar die Grenzen ihrer Zusammenarbeit im Dienste des Friedens erweitern, indem sie gemeinsame Lösungen für die Lage in Syrien entwickeln.“

Dass die deutsche Außenpolitik in ihren Interessen so schwer zu beschreiben ist, dass ihre Zwecke und Ziele so schwer zu erkennen sind, schrieben Thomas Kleine-Brockhoff und Hanns W. Maull bereits in der *IP* vom November/Dezember 2011, mag an einem wesentlichen Defizit liegen: „Es fehlt, was im angelsächsischen Sprachraum ‚purpose‘ heißt. Seit der Wiedervereinigung hat sich Deutschland außenpolitische Denkfaulheit geleistet, in dem Irrglauben, dass Friede und Wohlstand auch in Zukunft garantiert bleiben.“ Dabei gelten doch noch einige der wesentlichen Ziele deutscher Außenpolitik: Zur Sicherung des Friedens und der politischen Ordnung, so die Autoren damals, müsste Deutschland Teil einer schlagkräftigen Allianz sein. Zur Sicherung der Grundlagen des Wohlstands wären „möglichst großräumig, mindestens aber in Europa, integrierte Märkte mit gleichen oder ähnlichen Investitionsbedingungen und Kostenstrukturen zu suchen. Auf globalem Niveau würden sie für freie Märkte und Freihandel plädieren.“ Es geht also nach wie vor um Multilateralismus, um die Pflege von Partnerschaften mit Ländern, die politisch ähnlich verfasst sind und ähnliche Wertvorstellungen teilen und ganz und gar nicht zuletzt (siehe oben) um eine Neuerfindung Europas.

Allerdings müsste die deutsche Außenpolitik das leisten, was Berliner Architekten (nun ja, wenigstens zum Teil) doch gelungen ist: die alte Substanz

mit Neuem zu verbinden. Auf der Grundlage ihrer westlichen Partnerschaften die Beziehungen zu aufsteigenden Mächten zu gestalten, einen Multilateralismus zu pflegen, der nicht mehr auf das ohnehin erodierende „globale Ganze“ abzielt, sondern eher auf Staatengruppen williger Partner baut. Globalisierung ist nicht als Selbstläufer zu verstehen, der durch immer stärkere Integration zu einem „Wandel durch Vernetzung“ führt, sondern als Prozess, der durchaus ideologischen Widerspruch und Widerstand gegen westliche politische Ordnungsmodelle hervorruft. Denen ist aber gerade wegen der wachsenden Vernetzung nur sehr viel schwerer und mit sehr viel höheren eigenen Kosten zu begegnen.

Was fehlt?

Zum Ende jedes Jahres fragt *IP* führende außenpolitische Köpfe Deutschlands nach der für sie wichtigsten Buch-Neuerscheinung (oder Neuentdeckung). Zwei „Spitzentitel“ haben sich bislang ergeben: ein offensichtlicher, mit dem weltweiten Erste-Weltkrieg-Bestseller „Die Schlafwandler“ von Christopher Clark. Und ein weitgehend unentdeckt gebliebenes Buch – schon, weil es bislang nicht ins Deutsche übersetzt worden ist: John Lewis Gaddis im Jahr 2012 erschienene Biografie des amerikanischen Diplomaten George F. Kennan. Dass das Interesse an Kennan unter außenpolitischen Beobachtern und Planern eine Renaissance erfährt, sollte nicht weiter verwundern. Luzide, elegant und auf vergleichsweise wenigen Seiten eines „Langen Telegramms“ (und später eines anonym erschienenen Artikels in *Foreign Affairs*) entwarf Kennan eine „Grand Strategy“, die unter der simplen Bezeichnung „Containment“ 60 Jahre, bis zum Ende des Kalten Krieges, gültig bleiben sollte, weil sie alle Voraussetzungen einer guten Strategie enthält: ein klares Bild der Welt, wie sie ist, Vorstellungen, wie sie sein sollte, und klare Richtlinien, wie diese Vorstellungen umgesetzt werden können. Ihr Referenzrahmen ist gleichzeitig stabil und flexibel, um den Sturm von Informationen sinnvoll einzuordnen, aber auch unerwartete Ereignisse absorbieren zu können. Sie ist attraktiv und schlüssig genug, um auch andere Partner einbinden zu können.

Dass die Phase seit dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch der Sowjetunion bis heute keine eigene Bezeichnung erhielt, sondern meist vage als „Seit Ende des Kalten Krieges“ oder „In Zeiten der Globalisierung“ umschrieben wird, zeigt: Nicht nur der deutschen Außenpolitik mag es an strategischer Klarheit fehlen. Es herrscht allgemeine strategische Wirrnis. Auch die Beiträge der Autoren dieser Review können – in der durchdringenden Klarheit wie George F. Kennan dies gelang – kein Bild der Welt entwerfen, wie sie ist. Natürlich wirkt die Vergangenheit der Blockkonfrontation zwischen Kommunismus auf der einen und liberaler Demokratie plus Marktwirtschaft auf der an-

deren Seite wie grober Holzschnitt im Vergleich zur komplizierten Kalligrafie einer vernetzten, aber höchst dynamischen, multipolaren und von unterschiedlichen politischen Ordnungen und Ideologien geprägten Gegenwart. Dennoch: Es fällt auf, wie groß der Hang einiger Kommentatoren zur Vorgartenschau ist. Natürlich fühlen sich Experten in ihrem eigenen Bereich am sichersten und wohlsten. Aber es ist schon erstaunlich, auf welch kleinen Steckenpferden mancher in die Welt zu reiten versucht.

Deutschland muss seinen Blick um eine moderne geopolitische Dimension erweitern. Es bedarf eines intellektuellen Unterbaus für eine deutsche Weltpolitik des 21. Jahrhunderts.

DMITRI TRENIN

Ob eine Grand Strategy für dieses komplexe, ständig changierende Muster entwerfbar ist, sei dahingestellt. Vielleicht muss man sich, wie Stephen Krashinsky von der Stanford University einmal vorgeschlagen hat, tatsächlich mit einigen „Orientierungsprinzipien“ begnügen. Aber auch da gilt: Es muss viel gedacht und noch viel mehr gewusst werden, um schließlich zu einem sehr viel deutlicheren Bild der Welt zu gelangen, um vorbereitet zu sein auf die unerwarteten Einschlüge – wie das Vorrücken der radikalen ISIS im Irak, die Annexion der Krim, womöglich eine Eskalation im Inselstreit zwischen China und Japan. Und um schließlich nicht nur eine bessere Vorstellung davon zu gewinnen, wie die Welt ist, sondern tatsächlich auch Vorstellungen zu entwickeln, wie sie sein könnte.

Gerade die deutschen Autoren dieser Review haben bemängelt, dass es in diesem Feld noch einiges zu tun gibt. Wenn Deutschland mehr Verantwortung tragen soll, dann muss auch der Wissenspool, aus dem es schöpft, erweitert werden. Die Ukraine-Krise hat es ja gezeigt: Im akademischen Hype um übergreifende, aber durchaus etwas lebensferne Konzepte wie „Global Governance“ oder „Conflict Prevention“ ist uns das ganz klassische Training verloren gegangen – das tiefe Wissen um andere Gesellschaften, Kulturen, Historien. George F. Kennan war im Übrigen nicht nur ein scharfer Beobachter der Gegenwart. Er war auch ein profunder Kenner der russischen Sprache, Kultur und Geschichte.